

Bericht der Bundesregierung über den G20-Gipfel in Hangzhou/China vom 4. bis 5. September 2016

Vom 4. bis 5. September 2016 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Hangzhou/China zum diesjährigen G20-Gipfel.

Die G20 hat ihr Ziel bekräftigt, das Wirtschaftswachstum zu stärken, sowie es nachhaltig, ausgewogen und integrativ auszurichten. Zur Stärkung der mittel- und langfristigen Wachstumsperspektiven hat die G20 eine neue Agenda zu innovativem Wachstum mit Fokus auf digitaler Wirtschaft, Innovation und Neuer Industrieller Revolution beschlossen. Ziel ist, die internationale Kooperation zu stärken, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen und niemanden zurückzulassen. Wirtschaftswachstum soll allen Menschen zugutekommen. Teilhabe gestärkt und Ungleichheiten adressiert werden.

Die G20 beschließt, die Kooperation zum Abbau globaler Überkapazitäten, insbesondere in der Stahlindustrie, zu verstärken. Hierzu wird ein sogenanntes „Globales Forum“ bei der OECD eingerichtet. Die G20 unterstreicht die Bedeutung eines starken Handels- und Investitionswachstums für ein robustes und nachhaltiges globales Wachstum und erneuert ihr Bekenntnis zur multilateralen Handelspolitik als dem Rückgrat des globalen Handels. Die G20 äußert ihre Sorge über das anhaltend hohe Niveau protektionistischer Maßnahmen und erneuert ihre Selbstverpflichtung gegen Protektionismus um weitere zwei Jahre bis 2018. Es besteht Einigkeit, dass offene Märkte und freier Handel von einzelstaatlichen Maßnahmen flankiert sein müssen, damit möglichst viele Menschen von den positiven Effekten der Globalisierung profitieren können.

Die G20 bekräftigt ihre Unterstützung zum Abschluss des Basel-III-Rahmens bis Ende 2016 und für den Abschluss grenzüberschreitender Abwicklungssysteme. Die G20 engagiert sich weiter dafür, Aufsicht und Regulierung des Schattenbankensektors zu stärken; im Fokus stehen derzeit die Aktivitäten von Asset-Managern.

Die G20 hat sich zu einer raschen und konsistenten Umsetzung des BEPS-Maßnahmenpakets (Base Erosion and Profit Shifting) gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen bekannt. Auch infolge der Veröffentlichung der sogenannten „Panama Papers“ verstärkt die G20 ihre Arbeiten zur Steuertransparenz und Identifizierung wirtschaftlich Berechtigter („beneficial ownership“). Ziel ist, bis 2017 eine Liste nicht-kooperativer Staaten und Sanktionsmöglichkeiten zu beschließen.

Die G20 setzt sich für eine erfolgreiche Umsetzung der VN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ein und legt einen Aktionsplan mit Einzel- sowie Kollektivmaßnahmen hierfür vor.

Die G20 unterstützt ein rasches Inkrafttreten des Paris-Abkommens und dessen Umsetzung. Die G20 steht zu ihrer finanziellen Verantwortung für Entwicklungsländer bei der Umsetzung des Abkommens. Die G20 bekennt sich zudem dazu, den Anteil an ökologisch orientierter Finanzierung zu steigern und beabsichtigt, sich in 2017 mit den Arbeiten des Financial Stability Boards zur Offenlegung von klimabedingten Haftungsrisiken zu befassen. Die G20 bekräftigt ihre Zusammenarbeit zur Stabilität der Energiemärkte und engagiert sich für einen nachhaltigen Zugang zu Energie (insbesondere in Subsahara-Afrika und Südostasien). Sie verabschiedete zudem Aktionspläne zu Erneuerbaren Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Energiezugang.

Die G20 rief zu weltweiten Bemühungen auf, die Ursachen und Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingsströme anzugehen und internationale Organisationen zu unterstützen. Sie verurteilte den Terrorismus als Bedrohung für Frieden und Sicherheit für die Weltwirtschaft und verpflichtete sich, ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismusfinanzierung fortzusetzen.

Die G20 hat den Kampf gegen Antibiotikaresistenzen - und damit ein Thema der deutschen G7-Präsidentschaft aus 2015 – auf die Agenda gesetzt.

Ab dem 1. Dezember 2016 wird Deutschland die Präsidentschaft der G20 übernehmen. Der Gipfel wird am 7./8. Juli 2017 in Hamburg stattfinden.

Einen neuen Wachstumspfad einschlagen

Ausgehend von der Analyse, dass das weltweite Wirtschaftswachstum sich zwar erholt, gleichzeitig aber weiterhin Abwärtsrisiken bestehen, hat sich die G20 beim diesjährigen Gipfel ausführlich mit den Veränderungen der weltweiten Wachstumsdynamik beschäftigt. Die G20 verfolgt eine umfassende Strategie für ein starkes, nachhaltiges, ausgewogenes und integratives Wachstum und will dieses durch den Einsatz neuer Wachstumstreiber stärken. Dabei gilt es, die Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft zu verbessern und diese besser gegen Risiken zu schützen.

Die G20 sieht sich gut aufgestellt, um die potenziellen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen, die sich aus dem Ergebnis des Referendums in Großbritannien ergeben, proaktiv anzugehen. Die G20 hofft, dass das Vereinigte Königreich auch künftig ein enger Partner der EU sein wird.

Die G20 will darauf hinwirken, dass das weltweite Wirtschaftswachstum den Bedürfnissen aller Rechnung trägt und allen Ländern und Menschen, insbesondere auch Frauen, jungen Menschen und benachteiligten Gruppen, zugutekommt, mehr und bessere Arbeitsplätze geschaffen und Ungleichheiten adressiert werden. Die G20 war sich einig, dass nachhaltiges Wachstum mit sozialer Sicherheit und Stabilität verbunden werden muss.

Die G20 bekennt sich dazu, eine der grundlegenden Ursachen schwachen Wachstums anzugehen, indem sie Innovationen ins Zentrum ihrer Bemühungen stellt, so dass neue Wachstumsmotoren für einzelne Länder und die Weltwirtschaft zu identifizieren sind. Um diese Agenda umzusetzen, hat die G20 einen „Blueprint on Innovative Growth“ verabschiedet sowie Aktionspläne und Initiativen in den Teilgebieten Innovation, Neue Industrielle Revolution (in Deutschland als “Industrie 4.0“

bekannt) und Digitale Wirtschaft beschlossen. Die G20 hat mit diesen Aktionsplänen erstmals das Thema „Digitales“ auf die Agenda genommen und damit unterstrichen, dass Innovationen und digitale Wirtschaft einen großen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Im „Blueprint“ hat sie Maßnahmen aufgeführt, mit denen sie die Chancen und Möglichkeiten nutzen will, die sich aus der Digitalisierung ergeben: Es geht um den Ausbau der Infrastruktur, um die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft sowie zwischen kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen, um Kooperation zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, um die Verbesserung der Ausbildung und damit um die Verringerung des „digital divide“ (der Kluft zwischen denjenigen, die die neuen Technologien beherrschen und von ihnen profitieren und denjenigen, die sie noch nicht nutzen), um die Inklusion von Frauen und jungen Erwerbstätigen. Die Rahmenbedingungen für Innovationen durch den Schutz geistiger Eigentumsrechte und Möglichkeiten des Technologietransfers spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der Diskussion über die Fortentwicklung der digitalen Agenda. Das Thema wird unter deutscher Präsidentschaft durch eine Task Force in Zusammenarbeit mit der OECD sowie durch ein Treffen der Digitalminister weitergeführt.

Eine wirksamere und effizientere globale wirtschafts- und finanzpolitische Governance

Mit Blick auf Fragen der internationalen Finanzarchitektur hat die G20 das Inkrafttreten der 2010 beschlossenen Quoten- und Managementreform des Internationalen Währungsfonds (IWF) begrüßt. Es besteht Einigkeit über das Ziel, die derzeitige Ausleihkapazität des IWF aufrechtzuerhalten und auf den Abschluss der nächsten regulären Quotenüberprüfung hinzuarbeiten. Die G20 unterstützt zudem weitere Arbeiten des IWF zur Stärkung der internationalen Finanzarchitektur, u.a. zur Analyse und Beobachtung von Kapitalströmen, der Zusammenarbeit des IWF mit regionalen Finanzierungsinstrumenten und der Entwicklung lokaler Anleihemärkte. Die Aufnahme des Renminbi in den Währungskorb für Sonderziehungsrechte zum 1. Oktober wird begrüßt.

Die G20 hält ein offenes und widerstandsfähiges Finanzsystem für unerlässlich für nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung. Die G20 bleibt deshalb entschlossen, verbleibende kritische Punkte des Regulierungsrahmens sowie die

rasche, vollständige und konsequente Umsetzung der vereinbarten Reformagenda für den Finanzsektor weiter zu verfolgen, einschließlich des Abschlusses von Basel III bis Ende 2016, wobei die Kapitalanforderungen insgesamt nicht signifikant erhöht werden sollen, sowie den Abschluss der Reformagenda zu wirksamen grenzüberschreitenden Abwicklungssystemen.

Die vereinbarte Reform des außerbörslichen Derivategeschäfts (OTC) soll vollständig und rasch umgesetzt, rechtliche und regulatorische Hürden in Bezug auf die Meldung außerbörslich gehandelter Derivate an Transaktionsregister sollen abgebaut werden. Die G20 wird sich weiter sich abzeichnende Risiken und Schwachstellen des Finanzsystems adressieren, darunter solche, die mit dem Schattenbankensystem, dem Asset-Management und anderer marktbasierter Finanzierung zusammenhängen. Dies unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich.

Die Umsetzung des Maßnahmenpakets der G20/OECD gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen international agierender Konzerne (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) stellt einen Meilenstein in der internationalen Steuerzusammenarbeit dar. Die G20 bekräftigt ihren Willen zur raschen und umfassenden Umsetzung des Pakets, auch durch Nicht-G20-Staaten. Über 80 Staaten haben sich bereits zur Umsetzung des BEPS-Pakets verpflichtet. Die Bundesregierung hat sich nach Veröffentlichung der sog. "Panama Papers" sehr frühzeitig für verstärkte Anstrengungen der G20 zur Erhöhung der Steuertransparenz sowie der Identifizierung der tatsächlichen Eigentümer von Firmen (wirtschaftlich Berechtigte - „beneficial ownership“) eingesetzt. Es ist daher ausdrücklich zu begrüßen, dass die G20 die OECD gebeten hat, bis 2017 eine Liste nicht-kooperativer Staaten in Bezug auf Steuertransparenz zu erstellen, verbunden mit der Möglichkeit, Sanktionen zu beschließen.

Die G20 bekräftigt das gemeinsame Verständnis, dass Korruption und illegale Finanzströme einem nachhaltigen Wachstum, der Rechtsstaatlichkeit und einer gerechten Verteilung öffentlicher Mittel schaden. Sie verabschiedete einen neuen Aktionsplan zur Korruptionsbekämpfung für 2017-2018, der u.a. die Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung und Vermögensrückführung, Bekämpfung des Missbrauchs undurchsichtiger Unternehmensbeteiligung zu Bestechungs- und Geldwäschezwecken sowie die Integrität und Transparenz in der öffentlichen Verwaltung beinhaltet. Dabei hat die G20 die Zusammenarbeit mit inter-

nationalen Organisationen beim Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern hervor-
gehoben. Die Bundesregierung wird sich für eine zügige Umsetzung des
Aktionsplans einsetzen.

Die G20 bekräftigt ihre Verpflichtung zur Schaffung gut funktionierender, offener,
wettbewerbsfähiger, effizienter, stabiler und transparenter Energiemärkte sowie zur
Förderung einer wirkungsvolleren und integrativeren globalen Energie-Architektur.
Sie betont die Bedeutung stabiler Energiemärkte und die Zusammenarbeit für den
Zugang zu Energie, insbesondere mit Staaten südlich der Sahara und im asiatisch-
Pazifischen Raum und verabschiedete dazu einen Aktionsplan. Die G20 wird
innovative Kooperationen zur internationalen Zusammenarbeit im Bereich Energie-
effizienz prüfen. Sie verabschiedete zudem Aktionspläne zu Erneuerbaren Energien
und zur Steigerung von Energieeffizienz und begrüßte insbesondere Fortschritte im
Bereich der Verbesserung der Effizienz von Schwerlastfahrzeugen. Das Bekenntnis,
ineffiziente Subventionen für fossile Brennstoffe abzubauen, wurde erneuert. Die
G20 rief ferner dazu auf, sich am freiwilligen Prozess der gegenseitigen Überprüfung
zu beteiligen.

Robuster Welthandel und solide internationale Investitionen

Die Bundesregierung hat sich gemeinsam mit anderen Partnern für eine verstärkte
Kooperation der G20 zum Abbau globaler Überkapazitäten, insbesondere im Stahl-
sektor, eingesetzt. Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass die G20
Überkapazitäten in der Stahlindustrie und in anderen Industriezweigen als globales
Problem anerkennt, das gemeinsame Reaktionen erfordert. Zur Kommunikation und
Kooperation mit dem Ziel einer Stärkung der Marktfunktion und des Abbaus von
Überkapazitäten wird ein „Globales Forum“ bei der OECD eingerichtet.

Die G20 äußert sich besorgt über das anhaltend hohe Niveau protektionistischer
Maßnahmen. Sie verlängert ihre Selbstverpflichtung gegen Protektionismus um
weitere zwei Jahre bis 2018. Die Bundesregierung setzt sich für eine effektivere
Überwachung dieser Selbstverpflichtung ein. Die G20 unterstreicht die Bedeutung
eines starken Handels- und Investitionswachstums für ein robustes und nachhaltiges
globales Wachstum. Die Bundesregierung unterstützt die starke Rolle, die der
chinesische G20-Vorsitz der Handels- und Investitionsagenda beigemessen hat,
ausdrücklich. Die G20 bekennt sich erneut zur multilateralen Handelspolitik und der

tragenden Rolle der WTO. Die G20 bekräftigt ihr Ziel, die Vereinbarung über Handelserleichterungen bis zum Jahresende zu ratifizieren und unterstreicht ihre Absicht, den Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda voranzubringen. Die Bundesregierung hat sich – gemeinsam mit den Partnern in der EU und in der G7 – gleichzeitig dafür eingesetzt, neue Themen wie beispielsweise digitalen Handel und Verhandlungsformate wie plurilaterale Abkommen in der WTO zu stärken. Die Bundesregierung unterstützt dabei ausdrücklich das Ziel, das WTO-Umweltgüterabkommen (Environmental Goods Agreement – EGA) bis zum Jahresende abzuschließen. Zudem bleibt es Ziel der G20, bilaterale, regionale und plurilaterale Vereinbarungen im Interesse des globalen Handels zu verzahnen und damit dazu beizutragen, dass auf der Grundlage der Regeln der WTO ein stärkeres multilaterales Handelssystem geschaffen wird.

Integrative und vernetzte Entwicklung

Die G20 zeigt sich entschlossen, die VN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch entsprechende transformativer Maßnahmen erfolgreich umzusetzen. Die G20 übernimmt damit Verantwortung und möchte mit gutem Beispiel vorangehen. Zu diesem Zweck verabschiedet sie einen Aktionsplan zur Agenda 2030, der einzeln und gemeinsam von den G20-Mitgliedern ergriffene bzw. zu ergreifende Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 sowie einen Katalog von Prinzipien beinhaltet, die Orientierungshilfe bieten. Die G20 verabschiedet den Rechenschaftsbericht von Hangzhou über die Entwicklungsverpflichtungen der G20, in dem Bilanz der 2014 bis 2016 bereits erzielten Fortschritte gezogen wird. Weiterhin startet die G20 eine Initiative zur Förderung der Industrialisierung in Afrika und in den am wenigsten entwickelten Ländern, um das Wachstumspotenzial dieser Länder zu stärken. Dies soll u.a. durch den Austausch von Wissen über bewährte Verfahren, die Unterstützung der Entwicklung der Landwirtschaft und des Agrobusiness, Investitionen in Energie, erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz, die Verbesserung der industriellen Produktion und der beruflichen Bildung sowie die Förderung von Wissenschaft, Technologie und Innovation erfolgen.

Die G20 wird die Erreichung ihrer Ziele insbesondere in den Bereichen Jugendbeschäftigung und Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt entschlossen weiterverfolgen. Dafür hat sich auch die Bundesregierung nachdrücklich eingesetzt.

Hervorzuheben ist die G20-Initiative zur Förderung qualitativ hochwertiger Ausbildung als Grundlage einer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt. Deutschland kann hier mit seiner praxisnahen Ausbildung und seinem sozialpartnerschaftlichen Ansatz als Vorbild dienen. Mit dem Themenschwerpunkt Innovation hat die chinesische Präsidentschaft gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns mit technologischen Fortschritt und Wandel hin zur digitalen Ökonomie auseinandersetzen. Wichtig aus deutscher Sicht ist nun, die globalen Veränderungen unserer Wirtschaft und die Auswirkungen auf die Arbeitswelt zu betrachten, ein gemeinsames Verständnis zur Zukunft der Arbeit zu entwickeln und Veränderungen positiv zu gestalten. Eine weitere Aufgabe, die die G20 voranbringen will, ist die Förderung des Arbeitsschutzes und guter Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten. Die Bundesregierung möchte dieses Thema im kommenden Jahr weiter adressieren.

Die Möglichkeiten und Herausforderungen, die sich durch die Zuwanderung von Arbeitskräften an den Arbeitsmärkten ergeben, sind ein wichtiges Thema, das die G20 auch mit deutscher Unterstützung weiter thematisieren wird. Damit Migranten und Flüchtlinge einen positiven Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft leisten können, ist der Zugang zu Arbeit und Ausbildung für eine erfolgreiche Integration entscheidend.

Weitere bedeutende globale Herausforderungen mit Einfluss auf die Weltwirtschaft

Die G20 sprach sich in Hangzhou für ein rasches Inkrafttreten des Paris-Abkommens noch vor Ende 2016 aus und setzt sich für die rasche Umsetzung des Abkommens ein. Sie steht zu ihrer finanziellen Verantwortung für Entwicklungsländer und würdigt die Arbeit des Grünen Klimafonds. Die Bundesregierung setzt sich seit langem dafür ein, das Format der G20 zu nutzen, um die internationale Klimaagenda voranzutreiben. Die G20 gibt in diesem Jahr einen Impuls für die anstehenden Verhandlungen der ICAO und den Abbau von teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffen (HFCs). Die G20 bekennt sich zu einem höheren Anteil an ökologisch orientierter Finanzierung und beabsichtigt insbesondere, sich 2017 mit den Arbeiten des Financial Stability Boards zur Offenlegung von klimabedingten Haftungsrisiken zu befassen.

Die Bundesregierung hat sich mit Partnern dafür eingesetzt, dass die G20 mehr Verantwortung im Hinblick auf die Flüchtlingsströme übernimmt. Im Ergebnis rief die G20 erneut zu abgestimmten weltweiten Anstrengungen auf, um die Ursachen und Auswirkungen der Flüchtlingskrise sowie die Schutzbedürfnisse der Flüchtlinge anzugehen und die einhergehenden Lasten zu teilen. Sie rief zu einer Erhöhung der Hilfsleistungen für Flüchtlinge und zur Unterstützung einschlägiger internationaler Organisationen auf, u.a. durch einen verstärkten Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit für Gesellschaften, die Flüchtlinge aufnehmen. Die Bundesregierung wird die Arbeiten in diesem Bereich im nächsten Jahr unter deutscher G20-Präsidentschaft weiterführen.

Die G20 verurteilt Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen. Sie benennt ihn als eine ernsthafte Bedrohung für Frieden und Sicherheit sowie für ihre Bemühungen, die Weltwirtschaft zu stärken und nachhaltiges Wachstum zu befördern. Die G20 bekräftigt ihre Solidarität und Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismusfinanzierung. In diesem Zusammenhang verpflichtete sie sich erneut zum Informationsaustausch und zur Kriminalisierung von Terrorismusfinanzierung und rief dazu auf, die von der Financial Action Task Force (FATF) aufgestellten Standards zügig umzusetzen. Zudem wird die FATF gebeten, bis März 2017 Vorschläge zur besseren Durchsetzung der Empfehlungen und besseren Vernetzung des relevanten Netzwerks zu erarbeiten.

Schließlich hat die G20 auf Initiative der Bundesregierung und anderer Partner das Thema Antibiotikaresistenzen als Risiko für die globale öffentliche Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung auf die Agenda gesetzt. Sie will mehr Forschung und Entwicklung für Antibiotika mobilisieren und den verantwortungsvollen Einsatz von Antibiotika fördern. Die internationalen Organisationen WHO, FAO, OIE und OECD sollen zu entsprechenden Möglichkeiten im Kampf gegen Resistenzen bis 2017 berichten, um die Thematik im nächsten Jahr unter deutscher Präsidentschaft umfassend erörtern zu können.

Deutschland wird die G20-Präsidentschaft im Jahr 2017 übernehmen. Der G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs findet am 7./8. Juli 2017 in Hamburg statt. 2018 wird Argentinien den Vorsitz der G20 übernehmen.